

Antrag

der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Markus Löning, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Marita Sehn, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Für eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Südosteuropa zur politischen Stabilisierung der Balkanregion

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die politische Stabilisierung der Balkanregion muss auch im Zeitalter der Bekämpfung des internationalen Terrorismus ein Schwerpunkt deutscher, europäischer und internationaler Politik bleiben. Während die jüngsten Entwicklungen in Bosnien-Herzegowina Anlass zur Sorge geben, scheint sich die Situation in Mazedonien nach den September-Wahlen allmählich zum Positiven zu entwickeln. Trotzdem bleibt auch Mazedonien noch weit von politischer Stabilität entfernt. Der Deutsche Bundestag hat deshalb einer Verlängerung der „Amber Fox“-Mission zugestimmt. Es ist damit zu rechnen, dass auch im nächsten Jahr die Präsenz internationaler Truppen zur politischen Stabilisierung in Mazedonien weiter erforderlich sein wird. Die Bemühungen um Übernahme der „Amber Fox“-Mission durch die Europäische Union sind fortzuführen. Die internationale Staatengemeinschaft und auch die Europäische Union dürfen sich aber nicht auf Dauer darauf einrichten, die Balkanregion durch internationale Truppenpräsenz politisch zu stabilisieren. Entscheidend ist es deshalb, die nicht-militärischen Stabilisierungsmaßnahmen jetzt zu verstärken. Eine Aufnahme Mazedoniens, Albaniens, Jugoslawiens oder Bosnien-Herzegowinas in die EU oder die NATO ist auf absehbare Zeit nicht aktuell. Stattdessen sollte ein anderes euro-atlantisches Erfolgsmodell auf die Balkanregion übertragen werden. Der KSZE-Prozess (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) hat ganz entscheidend zur Überwindung der Spaltung unseres Kontinents, zu seiner politischen Stabilisierung und zur Ausdehnung der europäischen Wertegemeinschaft beigetragen. Auch Südosteuropa braucht heute dringend einen derartigen, von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützten Prozess der regionalen Vertrauensbildung, auf dessen Grundlage das friedliche Zusammenleben der Staaten und Volksgruppen in der Region gewährleistet wird. Als Land, dessen Geschichte in besonderer Weise vom KSZE/

OSZE-Prozess geprägt wurde, sollte Deutschland sowohl im Rahmen der Europäischen Union als auch im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) hierfür die Initiative ergreifen. Gegenstand dieser Initiative sollte die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Südosteuropa (KSZSE) unter der Schirmherrschaft der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für den Aufbau einer südosteuropäischen Sicherheitsarchitektur sein. Die bereits im Rahmen des KSZSE-Prozesses erfolgreichen Instrumente wie vertrauensbildende Maßnahmen, Streitschlichtung, regionale Zusammenarbeit sollten hierbei ebenso eingesetzt werden, wie die konkrete Perspektive einer schrittweisen Annäherung der betroffenen Staaten an die euro-atlantischen Strukturen verwirklicht werden muss. Ziel der KSZSE, an der neben den OSZE-Mitgliedstaaten die EU, die NATO und die Vereinten Nationen auch die betroffenen Teilrepubliken und Volksgruppen sowie ihre Organisationen teilnehmen sollten, muss die schrittweise Klärung aller offenen Fragen wie Minderheitenstatus, Vertriebenenrückkehr, der Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Etablierung präventiver Konfliktlösungsmechanismen sowie regionale Kooperation auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung politischer und geographischer Grenzen sein. Dabei muss auch sichergestellt werden, dass die KSZSE in enger Koordinierung mit dem ebenfalls unter der Schirmherrschaft der OSZE stehenden Stabilitätspakt für Südosteuropa, der in erster Linie auf die sozio-ökonomische Stabilisierung der Region abzielt, durchgeführt wird. Mit der Gründung einer KSZSE könnten der politischen Komponente des Stabilitätspaktes neue Impulse verliehen werden. Auch würde so die Rolle der OSZE als entscheidender Baustein einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur gestärkt werden.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. ausgehend von dem Erfolgsmodell KSZSE/OSZE, mit dem die Spaltung Europas überwunden werden konnte, eine Initiative für eine internationale Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Südosteuropa (KSZSE) zu ergreifen, an deren Ende eine belastbare Friedensregelung für den gesamten südosteuropäischen Raum stehen sollte,
2. sich gegenüber den Partnern in der Europäischen Union, insbesondere gegenüber der dänischen Ratspräsidentschaft dafür einzusetzen, eine derartige Initiative im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik durchzuführen,
3. dafür Sorge zu tragen, dass den Vereinten Nationen und ihrem Generalsekretär Kofi Annan eine zentrale Rolle bei der Umsetzung einer derartigen KSZSE-Initiative zufällt,
4. sich im kommenden Jahr als Mitglied des VN-Sicherheitsrats für eine Empfehlung einzusetzen, mit der ein Rahmen für einen derartigen KSZSE-Prozess und die in ihm enthaltenen vertrauensbildenden Maßnahmen (Abrüstung und Rüstungskontrolle, Konfliktverhütung, Krisenbewältigung, Frühwarnung etc.) festgelegt wird,
5. dafür Sorge zu tragen, dass Vorbereitung und Durchführung der KSZSE in enger Abstimmung mit dem ebenfalls unter OSZE-Schirmherrschaft etablierten Stabilitätspakt für Südosteuropa, insbesondere unter Berücksichtigung der bereits im „Arbeitsstisch Demokratisierung und Menschenrechte“ entwickelten Instrumente des Paktes, stattfindet,
6. bei Vorbereitung und Durchführung der Konferenz insbesondere auch den im Rahmen des Stabilitätspaktes etablierten südosteuropäischen Konsultationsprozess (SEECF) und die von ihm im Februar 2000 verabschiedete „Charta für gute Nachbarschaft, Stabilität und Zusammenarbeit in Südosteuropa“ einzubeziehen,

7. darauf hinzuwirken, dass mit der KSZSE-Initiative gleichzeitig die Rolle der OSZE als regionaler Abmachung im Sinne von Kapitel 8 gestärkt wird,
8. in diesem Zusammenhang insbesondere auch dafür einzutreten, dass die OSZE notfalls auch ohne Zustimmung der an einem Konflikt beteiligten Staaten den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anrufen, Lösungsvorschläge unterbreiten und bei deren Umsetzung mitwirken kann,
9. sich gegenüber den OSZE-Partnern, aber auch im Rahmen der Vereinten Nationen für eine zunehmende Regionalisierung der Verantwortung für die in der UNO-Charta festgelegten Grundsätze mit dem Ziel einzusetzen, dass auch die OSZE im Rahmen ihres Verantwortungsbereiches gegebenenfalls andere hierfür geeignete Organisationen mit einem Mandat zur Unterstützung friedenserhaltender Maßnahmen beauftragen kann,
10. für eine Erweiterung der Befugnisse des OSZE-Generalsekretärs und eine Stärkung seiner politischen Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung von Missionen und der Ausarbeitung von Lösungsvorschlägen für Konfliktregionen wie Südosteuropa einzutreten,
11. dafür zu sorgen, dass der bereits 1992 verabschiedete Beschluss, wonach das Konsensprinzip in bestimmten Situationen, insbesondere bei eindeutigen und groben Fällen von Menschenrechtsverletzungen und Verstößen gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, wie in einigen südosteuropäischen Staaten geschehen, außer Kraft gesetzt werden kann („Konsens minus Eins“), endlich umgesetzt wird,
12. sich dafür einzusetzen, dass der OSZE als entscheidendem Baustein einer gesamteuropäischen Sicherheitsarchitektur, der gleichwertig neben den Organisationen der kollektiven Verteidigung steht, eine führende Rolle bei Präventivmaßnahmen, beim Krisen- und Konfliktmanagement, bei Langzeitmissionen und bei Peace-Keeping Missions zugeordnet wird und zur Erreichung dieses Ziels auf ein höheres Maß politischer Verbindlichkeit und eine verbesserte praktische Umsetzung von OSZE-Beschlüssen hinzuwirken,
13. die Handlungsfähigkeit der OSZE als gesamteuropäischer Sicherheitsorganisation auch durch eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung zu stärken.

Berlin, den 12. November 2002

Dr. Werner Hoyer
Rainer Brüderle
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke
Horst Friedrich (Bayreuth)
Rainer Funke
Hans-Michael Goldmann
Birgit Homburger
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin
Harald Leibrecht

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Markus Löning
Dirk Niebel
Günther Friedrich Nolting
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Eberhard Otto (Godern)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Marita Sehn
Dr. Rainer Stinner
Carl-Ludwig Thiele
Dr. Dieter Thomae
Jürgen Türk
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

